

## Volksbegehren gestartet

Mit der Bildungspolitik der Landesregierung unzufriedene Eltern haben ein „Volksbegehren für gute Schulen“ auf den Weg gebracht, für das sie seit Mitte November Unterschriften sammeln. In dem von der Initiative vorgelegten drei Paragraphen umfassenden Gesetzentwurf wird für die Gymnasien und die Gesamtschulen die Rückkehr zum neunjährigen Durchgang bis zum Abitur verlangt. Damit solle „der Bildungsweg entzerrt und weniger stressbeladen gestaltet sowie das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler gefördert werden“, heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs.

Die Initiatoren des Volksbegehrens wollen allerdings den Schulen eine Art Schlupfloch für den verkürzten Weg zum Abitur offen lassen. Nach der Begründung ihres Gesetzentwurfs erwarten sie vom Kultusministerium „untergesetzliche Regelungen“, wonach individuell oder in besonderen Lerngruppen das Abitur schon nach acht Jahren erreicht werden kann. Die Initiatoren haben dabei die zurzeit noch für die Integrierten Gesamtschulen (IGS) geltenden Bestimmungen im Auge gehabt. Seit dem Jahre 2004 erlaubt der für diese Schulform maßgebliche Grundsatzterlass, dass im 5. Schuljahrgang eine besondere Klasse eingerichtet werden kann, deren Schülerinnen und Schüler abweichend von der (noch geltenden) neunjährigen Normal-Schulzeit bereits nach acht Schuljahren die Abiturprüfung ablegen können. Von dieser Möglichkeit hat allerdings bisher keine IGS Gebrauch gemacht. Auch an eine Übergangsregelung haben die Betreiber des Volksbegehrens gedacht, nachdem ihre Vorstellungen durch einen Volksentscheid Gesetzeskraft erlangt haben. Schülerinnen und Schüler, die in diesem Schuljahr ein Gymnasium besuchen, sollen den achtjährigen Weg zum Abitur fortsetzen können. Für die Integrierten Gesamtschulen tritt die Verkürzung der Schulzeit erst zum Beginn des Schuljahres 2010/11 in Kraft.

Weiteres Ziel des Gesetzentwurfs ist die Senkung der für die Errichtung neuer Integrierter Gesamtschulen festgesetzten Mindestgröße. Nach Aufhebung des Errichtungsverbots für Gesamtschulen im Jahre 2008 ist die Mindestgröße von vier auf fünf Züge angehoben worden. Das soll jetzt durch das Volksbegehren rückgängig gemacht werden. Im Ausnahmefall, z.B. bei der Nutzung eines vorhandenen Gebäudebestandes, sollen auch dreizügige Gesamtschulen zugelassen werden. Mit der Senkung der Mindestgröße soll insbesondere den kommunalen Schulträgern in den ländlichen Bereichen Niedersachsens Gelegenheit gegeben werden, die bei rückläufigen Schülerzahlen notwendige Neuordnung ihrer Schullandschaft kostengünstig zu realisieren. Bei vielen Schulträgern ist der Wunsch entstanden, durch Errichtung einer Integrierter Gesamtschule ein wohnortnahes vollständiges Schulangebot vorzuhalten. An der Mindestgröße von fünf parallelen Klassen pro Jahrgang (800 bis 900 Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I) dürften solche Pläne in der Regel scheitern. Mit seiner Forderung nach Rückkehr zur Vierzügigkeit befindet sich das Volksbegehren in voller Übereinstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden. Diese verlangen seit langem ein größeres Maß an Flexibilität, um die vielfältigen schulpolitischen Herausforderungen im Land bewältigen zu können.

Den Initiatoren des Volksbegehrens geht es schließlich um den Erhalt der noch bestehenden Vollen Halbtagschulen. Den gut 150 in dieser besonderen Form arbeitenden Grundschulen und den etwa 25 Förderschulen war schulgesetzlich zunächst der unbefristete Fortbestand zugesichert worden. Im Zuge der Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung ist jedoch durch die Schulgesetznovelle vom Sommer 2009 das Ende der Vollen Halbtagschulen besiegelt worden. Die in diesem Schuljahr noch bestehenden Vollen Halbtagschulen sollen sich nach den Vorstellungen der Betreiber des Volksbegehrens „gleichsam als Pilotschulen für eine künftige Gestaltung aller Grundschulen weiterentwickeln können“.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.volksbegehren-schulen.de](http://www.volksbegehren-schulen.de)  
Kontakt: [info@volksbegehren-schulen.de](mailto:info@volksbegehren-schulen.de), [presse@volksbegehren-schulen.de](mailto:presse@volksbegehren-schulen.de)